

Arbeitsgemeinschaft  
Staatliche Selbstverwaltungen  
(ARGE StSeVe)  
Marcusgasse 6  
04315 Leipzig

Leipzig, 7. Mai 2011  
Nr. 09/11

Pressemitteilung

Immunitätsklage gegen Bundesrepublik Deutschland eingereicht

Leipzig. Zum bevorstehenden Tag der Befreiung am 8. Mai hat die Arbeitsgemeinschaft Staatlicher Selbstverwaltungen (ARGE StaSeVe) eine Immunitätsklage gegen die Bundesrepublik Deutschland beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag eingereicht.

Wie der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, Peter Frühwald, am Sonnabend in Leipzig erklärte, verkörperten die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) reine Verwaltungsstrukturen der Alliierten Siegermächte. Als selbständige Staaten haben beide Gebilde, die im Jahr 1949 aus der Taufe gehoben wurden und deren Existenz im Juli des Jahres 1990 durch Entscheidungen der vier Siegermächte während der sogenannten 2+4-Verhandlungen aufgehoben wurde, zu keinem Zeitpunkt bestanden. Eine "Wiedervereinigung" dieser beiden deutschen Gebietsfragmente zu einem Staat war deshalb völkerrechtlich gar nicht möglich. Um diese seit Jahrzehnten von den politischen Oberschichten verschwiegenen Tatbestände nunmehr von einem kompetenten und auch zuständigen internationalen Gremium juristisch bekräftigen und bestätigen zu lassen, haben wir eine Immunitätsklage eingereicht, betonte Frühwald.

Am 8. Mai 1945 hatte die militärische Führung des Deutschen Reiches in Berlin-Karlshorst die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht - Heer, Marine und Luftwaffe - gegenüber den militärischen Spitzen Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion erklärt. Der Staat Deutschland in seiner damaligen territorialen Gestalt ging - wie die historischen Dokumente belegen - dadurch nicht unter. Er verlor allerdings am 23. Mai 1945 seine Regierung. Seitdem wird er nicht mehr sichtbar repräsentiert. Die Besatzungsmächte richteten Zonen ein, um minimalen Verwaltungsnotwendigkeiten Genüge zu tun. Basis dieses administrativen Rahmens war in den deutschen Westregionen das Grundgesetz, das vom Parlamentarischen Rat ausgearbeitet und von den Westmächten abgesegnet wurde. Das betonte seinerzeit bereits einer der wichtigsten Repräsentanten dieses Gremiums, Prof. Carlo Schmid, ausdrücklich. An diesem Status hat sich bis in die Gegenwart nichts geändert. Hauptbedingungen, um Deutschland als souveränen Staat wieder in den ursprünglichen juristischen Zustand zu versetzen, sind ein Friedensvertrag und eine Verfassung, über die vom deutschen Volk direkt entschieden wird. Das wird mit großer Umsicht und Raffinesse - insbesondere von den herrschenden politischen Parteien - seit mehr als zwanzig Jahren verhindert.  
++

weitere Informationen:

Peter Frühwald, tel. 0177 / 29 10 305, e-mail: bepefo@aol.com  
Matthias Günkel, tel. 0176 / 25 64 26 95,  
e-mail: cotta-magazin@gmx.de